



Protokollauszug
zum GEMEINDERAT

am Dienstag, 29.04.2014, 16:30 Uhr

ÖFFENTLICH

TOP 1 **Besichtigung Bleyle-Areal**
Treffpunkt: Westausgang Bahnhof, Pflugfelder
Straße, vor der Radstation

Beratungsverlauf:

Die Besichtigung des Bleyle-Areals ist erfolgt.

TOP 2 **Priorisierung von Investitionen** **Vorl.Nr. 123/14**

Abweichender Beschluss:

Für folgende Maßnahmen werden die Planungen so intensiviert, dass sie in den Jahren 2015 bis 2018 ff. realisiert werden können:

- Kinder- und Familienzentrum Neckarweihingen
- Neubau/Sanierung Friedrich-von-Keller-Schule
- Neubau/Sanierung Bildungszentrum West, 1.Bauabschnitt
- Ganztagesbetreuung Grundschule Hoheneck
- Umbau Altes Schulhaus Lembergsschule
- *Neubau der bestehenden Erweiterung Kindertageseinrichtung Stammheimer Straße*

Über die Aufnahme der Maßnahmen in den Haushaltsplan 2015 und die Finanzplanung 2015-2018 sowie über deren Finanzierung entscheidet der Gemeinderat im Rahmen der Haushaltplanberatungen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag der CDU-Fraktion zur Aufnahme der Kindertageseinrichtung Stammheimer Straße in die Prioritätenliste wird mit 36 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Der Beschluss zur Vorl. Nr. 123/14 wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen

einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Voigt (entschuldigt; beruflich verhindert)
Stadtrat Seybold
Stadträtin Lange

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist auf die Vorl. Nr. 123/14. Nachdem die Priorisierung von Investitionen Gegenstand der letzten Klausurtagung des Gemeinderats gewesen sei, habe man festgelegt, diese Vorlage ohne weitere Vorberatung zu beschließen. Von Seiten der Verwaltung seien keine weiteren inhaltlichen Ausführungen dazu vorgesehen.

Stadtrat **Herrmann** und seine Fraktion könnten die Priorisierung der fünf genannten Maßnahmen unterstützen und könnten dem Beschlussvorschlag zustimmen. Darin würden allerdings seiner Meinung nach zwei Investitionen fehlen. Deshalb stellt er im Namen seiner Fraktion den Antrag, zusätzlich zu den in der Vorl. Nr. 123/14 genannten Maßnahmen die Bauvorhaben Kindertageseinrichtung Stammheimer Straße sowie Erweiterung Grundschule Pflugfelden in die Priorisierung aufzunehmen.

Stadträtin **Liepins** berichtet, dass ihre Fraktion der Priorisierung in der Vorl. Nr. 123/14 grundsätzlich zustimmen könne. Die Verwaltung und der Gemeinderat hätten bereits Zusagen zu der Kindertageseinrichtung Stammheimer Straße erteilt, sodass diese Maßnahme nächstes Jahr umgesetzt werden sollte. Die Baumaßnahme Grundschule Pflugfelden sei zwar wichtig, werde von ihrer Fraktion aber im Anschluss an die jetzigen Maßnahmen an Schulen gesehen. Sie bemängelt, dass der Gemeinderat drei Sporthallen beschlossen habe und noch mit keiner Baumaßnahme begonnen worden sei. Zum Bildungszentrum West bittet sie um Klarstellung durch die Verwaltung, da ihr das Gutachten bisher nicht bekannt gewesen sei. Sofern eine Gesundheitsgefährdung bestehe, müsse sofort gehandelt werden.

Bezüglich der Situation im Bildungszentrum West verweist OBM **Spec** auf den später folgenden Bericht der Verwaltung. Den Stil des Wahlkampfes könne in dieser Art und bei diesem sensiblen Thema nicht toleriert werden und sei auch gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung nicht fair.

Stadtrat **Weiss** schließt sich OBM **Spec** an. Bei der Klausur des Gemeinderates habe man sich darauf verständigt, dass vor der Kommunalwahl lediglich die 5 im Beschlussvorschlag enthaltenen Maßnahmen beschlossen werden sollen. Um einen generationen-gerechten Haushalt zu erreichen müsste man Prioritäten setzen und könnte nicht alle gewünschten Investitionen umsetzen. Weiter spricht er sich dafür aus, heute nicht über die Baumaßnahmen an Sporthallen zu diskutieren. Seine Fraktion könne der Vorl. Nr. 123/14 zustimmen, die zur Klarstellung um die Kindertageseinrichtung Stammheimer Straße ergänzt werden könne.

Stadtrat **Dr. Vierling** erklärt, dass seine Fraktion der Vorl. Nr. 123/14 zustimmen könne. Allerdings weist er darauf hin, dass die Maßnahmen nicht finanziert seien und dafür im Finanzplanungszeitraum 40 Mio. Euro fehlen würden. Er bittet deshalb die Verwaltung um Aussagen zu den Finanzierungsmöglichkeiten. Bei der Erstellung eines Raum-programmes für das Bildungszentrum West sollte auch die Option für eine Gemeinschaftsschule geprüft werden. Er stelle sich die Frage, wieso bisher keine Finanzierungsrate für diese Investition im Haushalt enthalten sei. Weiter kritisiert er, dass der Gemeinderat und die Eltern nicht über die Schadstoffe informiert worden seien. Als Sofortmaßnahme müsste die Verwaltung sicherstellen, dass ausreichend gelüftet werde. Darüber hinaus sollten umfangreiche Untersuchungen zu den Schadstoffen durchgeführt und eine baldige Sanierung oder Neubau geplant werden. Das Bildungszentrum West müsse in jedem Fall in der Priorisierung vorgezogen werden.

Stadtrat **Müller** stellt fest, dass der erhöhte Bedarf im Bereich Bildung und Betreuung in dem Beschlussvorschlag Berücksichtigung finde. Um Missverständnisse zu vermeiden könne er dem Vorschlag der CDU-Fraktion, zusätzlich die Kindertageseinrichtung Stammheimer Straße in den Beschluss aufzunehmen, folgen. Bezüglich des Vorhabens Grundschule Pflugfelden würde ihn das Ergebnis der Bildungskonferenz interessieren. Da die Situation dort nicht so unterschiedlich sei im Vergleich zur Grundschule Hoheneck, sei es sinnvoll, auch diese Maßnahme im Beschlussvorschlag zu ergänzen.

Stadträtin **Burkhardt** erinnert daran, dass sich alle Teilnehmer der Klausur relativ einheitlich auf diese 5 Vorschläge geeinigt hätten. Sie spricht sich dafür aus, bei diesen 5 Maßnahmen, die alle im Bildungsbereich liegen würden, zu bleiben. Sie verweist auf ihren Antrag anlässlich der Beratungen zum Haushalt 2014, in dem sie eine Zusammenstellung aller erforderlichen Baumaßnahmen an Ludwigsburger Grundschulen gefordert habe und bittet diesen bis zu den nächsten Haushaltsplanberatungen zu beantworten.

Stadtrat **Kemmerle** hält eine Priorisierung aufgrund des erheblichen Sanierungsstaus für erforderlich. Auch er ist der Meinung, dass die Empfehlung im Rahmen der Klausur konsensual erfolgt sei. Er könne der Vorl. Nr. 123/14 zustimmen und weist darauf hin, dass dieser Beschlussvorschlag zunächst den Auftrag an die Verwaltung umfasse und ein entsprechender Beschluss immer noch geändert werden könne.

Stadtrat **Glasbrenner** berichtet, dass seine Fraktion einen Haushaltsantrag zur Aufnahme einer Planungsrate Kindertageseinrichtung Stammheimer Straße gestellt habe. Die Mehrheit des Gemeinderates habe sich dafür ausgesprochen, dass diese Maßnahme in der Sammelposition enthalten sein solle und die Planungen im Jahr 2014 erfolgen. Da er davon ausgehe, dass dies immer noch gelte, sei ein zusätzlicher Antrag nicht erforderlich.

OBM **Spec** betont, dass mögliche Schadstoffe in Bildungseinrichtungen ein sehr sensibles Thema sei und die Verwaltung hier für jeden Hinweis dankbar sei. Allerdings sei es nicht in Ordnung Vorwürfe gegen die Verwaltung zu erheben ohne dass man sich auf den notwendigen Informationsstand gebracht habe.

EBM **Seigfried** erinnert daran, dass bei der Bildungskonferenz eine klare Zusage zu dem Bauvorhaben Kindertageseinrichtung Stammheimer Straße erfolgt sei. Im Haushaltsplan 2014 seien bereits Planungsmittel enthalten. Derzeit wird die Erneuerung des bestehenden Anbaus geplant. Wenn weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden, sei eine Umsetzung im Jahr 2015 möglich. Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales habe der Verwaltung den Auftrag zur Prüfung des Anbaus sowie zur Prüfung einer möglichen Veränderung des Angebotes erteilt. Bei der Grundschule Pflugfelden kümmert sich die Verwaltung zur Zeit um die Klärung der Frage des erforderlichen Raumprogrammes. Sobald Ergebnisse hierzu vorliegen, werde das Raumprogramm im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales beraten. Eine konkrete Planung sei erst danach möglich. Da die Grundschule Pflugfelden natürlich in Konkurrenz zu anderen Bauvorhaben stehe, müsse vor der Umsetzung die Finanzierung geklärt werden.

BM **Iik** schildert anhand einer Präsentation die Situation im Bildungszentrum West und erläutert dafür zunächst den Unterschied zwischen Richtwert und Grenzwert. Entgegen des Wortbeitrages von Stadtrat Dr. Vierling seien bisher nur Richtwerte, keine Grenzwerte, überschritten worden. Bei einem Richtwert handele es sich lediglich um einen vorgegebenen Wert, an dem sich die gemessenen Werte orientieren würden. Die zuständigen Behörden würden empfehlen, die Richtwerte im langfristigen zeitlichen Mittel einzuhalten. Die Messungen im Bildungszentrum West würden aufzeigen, dass die gemessenen Ergebnisse für PCB und Formaldehyd den Richtwert manchmal überschreiten, aber diesen im langfristigen zeitlichen Mittel unterschreiten. Außerdem weist er darauf hin, dass die Messungen unter Laborbedingungen erfolgen würden, sodass diese nicht unbedingt mit der realen Situation vergleichbar seien. Bei der Chronologie der Schadstoffuntersuchungen betont er, dass bereits im Jahr 1993 eine Raumluftmessung mit

Materialuntersuchung durchgeführt worden sei.

EBM **Seigfried** stellt heraus, dass der Verwaltung die Gesundheit von Schülern und Lehrern natürlich sehr wichtig sei. In der Vergangenheit seien auch schon Sanierungen, zum Beispiel zur Asbestbelastung, durchgeführt worden. Wenn bei der Verwaltung entsprechende Rückmeldungen aus den Schulen eingehen, würde man Messungen durchführen. So seien im Jahr 2009 nach Hinweisen zu gesundheitlichen Problemen Messungen zu den Schadstoffen unter Beteiligung der Schulleitungen erfolgt. Anschließend habe man die Stellungnahme des Kreisgesundheitsamtes eingeholt und eine Nachuntersuchung im Sommer durchgeführt, die sogar zu geringeren Werten geführt habe. Die Untersuchungen seien zu dem Ergebnis gekommen, dass die Schadstoffbelastung nicht gestiegen sei. Die Verwaltung habe die Schulleitungen unterrichtet, die die Informationen an die Lehrkräfte und die Mitwirkungsgruppen (z.B. Elternbeiräte) weitergegeben hätten. Da sich die Belastung nicht erhöht habe, habe die Verwaltung keinen Anlass gesehen, direkt auf die Eltern zuzugehen. Die Unterstellungen, dass die Verwaltung hier eine Geheimhaltungspolitik betreibe und die gesundheitlichen Belange der Schüler und Lehrer nicht berücksichtige, weise er entschieden zurück.

Stadträtin **Moersch** könne aus ihrer Erfahrung als Elternbeiratsvorsitzende bestätigen, dass diese die Aufgabe habe, solche Informationen z.B. über den Elternbeirat an die Eltern weiterzuleiten.

Stadtrat **Herrmann** führt aus, dass er seinen Antrag zur Aufnahme der Grundschule Pflugfelden zurückziehe. Durch die Zusage von EBM Seigfried, dass hierzu im Laufe des Jahres 2014 eine weitere Beratung erfolge, sei eine Nennung in der Priorisierung nicht erforderlich. Um Missverständnisse zu vermeiden, sollte jedoch die Kindertages-einrichtung Stammheimer Straße wie von seiner Fraktion beantragt in den Beschluss aufgenommen werden.

Stadtrat **Glasbrenner** erklärt, dass er diesem Antrag der CDU-Fraktion zur Aufnahme der Kindertageseinrichtung Stammheimer Straße zustimmen könne.

Abschließend lässt OBM **Spec** über den Antrag der CDU-Fraktion und die Vorl. Nr. 123/14 abstimmen.

TOP 3

Globale Minderaufwendung

Vorl.Nr. 124/14

Beschluss:

Die im Haushaltsplan 2014 im Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft pauschal veranschlagte globale Minderaufwendung wird wie in der Anlage zur Vorl. Nr. 124/14 dargestellt auf verschiedene Teilhaushalte aufgeteilt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und getrennt.

Der Beschluss zur Reduzierung des Ansatzes Bürobedarf/Dienstreisen (Profitcenter 1110, 4.500,- Euro) sowie zur Reduzierung Projektaufwendungen (Profitcenter 5610-005, 22.600,- Euro) wird mit 34 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Der Beschluss zur Umsetzung der Globalen Minderaufwendung im Dezernat I wird mit 35 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Der Beschluss zur Umsetzung der Globalen Minderaufwendung im Dezernat II wird mit 34 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Der Antrag der SPD-Fraktion zur Streichung der vorgeschlagenen Reduzierung Grünflächenunterhaltung (29.550,- Euro) aus der Anlage zur Vorl. Nr. 124/14 wird mit 15 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag der SPD-Fraktion zur Streichung der vorgeschlagenen Reduzierung Straßenunterhaltung (29.550,- Euro) aus der Anlage zur Vorl. Nr. 124/14 wird mit 8 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Der Beschluss zur Umsetzung der Globalen Minderaufwendung im Dezernat III (wie in der Anlage zur Vorl. Nr. 124/14 dargestellt) wird mit 27 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Der Antrag der FW-Fraktion zur Streichung der vorgeschlagenen höheren Gewinnabführung Städtische Holding (250.000,- Euro) aus der Anlage zur Vorl. Nr. 124/14 wird mit 8 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag der FW-Fraktion zur Streichung der vorgeschlagenen Reduzierung Deckungsreserve (135.000,- Euro) aus der Anlage zur Vorl. Nr. 124/14 wird mit 10 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Der Beschluss zur Umsetzung der Globalen Minderaufwendung im Fachbereich 90 (Geringere Aufwendungen für Grundsteuernachzahlung, Höhere Gewinnabführung Städtische Holding, Höhere Einnahmen aus Vergnügungssteuer, Reduzierung Deckungsreserve) wird mit 28 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Voigt (entschuldigt; beruflich verhindert)
Stadtrat Seybold
Stadträtin Lange

Beratungsverlauf:

Die Mitglieder des Gemeinderates verzichten einmütig auf einen Sachvortrag zu diesem Tagesordnungspunkt.

Stadtrat **Meyer** führt im Namen seiner Fraktion aus, dass diese der Vorl. Nr. 124/14 zustimmen könne. Für die Beratungen zum Haushalt 2015 schlägt er vor, die globale Minderaufwendung nicht mehr zu erhöhen. Stattdessen könne die globale Minderaufwendung zum Beispiel auf einen Betrag von jährlich 500.000 Euro festgelegt werden. Falls größere Einsparungen oder Mehreinnahmen möglich seien, sollten diese gleich im Haushaltsplanentwurf berücksichtigt werden.

Stadtrat **Daferner** gibt bekannt, dass seine Fraktion der Reduzierung der Vereinsförderung, der Streichung des Projekts „Flexibilisierung der Betreuungszeit in Kitas“ sowie der Reduzierung bei Grünflächen- und Straßenunterhaltung nicht zustimmen könne. Mit den anderen Vorschlägen sei er einverstanden.

Stadtrat **Weiss** berichtet, dass er grundsätzlich mit der Vorl. Nr. 124/14 einverstanden sei.

Allerdings könne seine Fraktion der höheren Gewinnabführung Städtische Holding, höheren Einnahmen aus Vergnügungssteuer sowie der Reduzierung Deckungsreserve nicht zustimmen. Deshalb bitte er um getrennte Abstimmung.

Stadtrat **Dr. Vierling** erkundigt sich danach, ob eine Reduzierung des Ansatzes für Grünflächen- und Straßenunterhaltung unschädlich sei. Er erinnert daran, dass EBM Seigfried im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales ausführlich erläutert habe, dass die Streichung des Projekts „Flexibilisierung Betreuungszeit“ zum jetzigen Zeitpunkt sinnvoll sei, da z. B. noch kein Konzept vorliege.

Stadtrat **Müller** erklärt im Namen seiner Fraktion, dass diese grundsätzlich Einsparungen befürworte. Der Vorl. Nr. 124/14 werde er allerdings nicht zustimmen, da diese zu wenige Einsparvorschläge enthalte, die nicht nachhaltig genug seien. Außerdem seien mehr strukturelle Änderungen erforderlich.

Stadträtin **Burkhardt** schildert, dass sie der gesamten Vorl. Nr. 124/14 nicht zustimmen könne. Insbesondere lehne sie die Streichung des Projekts „Flexibilisierung der Betreuungszeit in Kitas“, die Reduzierung des Ansatzes für Grünflächenunterhaltung, die höhere Gewinnabführung Städtische Holding sowie die Reduzierung der Deckungsreserve ab.

Stadtrat **Kemmerle** erinnert daran, dass die Verwaltung im Auftrag des Gemeinderates Vorschläge zur Umsetzung der globalen Minderaufwendung erarbeitet habe. Er habe der globalen Minderaufwendung bereits im Rahmen der Haushaltsplanberatungen nicht zugestimmt, da er diesen Posten grundsätzlich für falsch halte.

Stadträtin **Klett-Heuchert** betont, dass sie immer die Meinung vertreten habe, dass die Flexibilisierung der Betreuungszeit in Kitas erforderlich sei. Derzeit würde jedoch ein geringerer Ansatz ausreichen, damit zumindest ein erster Schritt als Signal möglich wäre. Abschließend spricht sie sich gegen die komplette Streichung dieses Projekts aus.

Stadtrat **Lettrari** bringt vor, dass er der Vorl. Nr. 124/14 so nicht zustimmen könne. Bei den Vorschlägen zur Umsetzung der globalen Minderaufwendung zweifle er insbesondere an der praktischen Umsetzung.

Auf Wunsch von Stadträtin **Kopf** erläutert EBM **Seigfried**, dass eine stadtweite Flexibilisierung nach aktuellen Schätzungen weit über 400.000 Euro kosten würde. Der Weg einiger katholischer Kindertageseinrichtungen sei nicht konform mit entsprechenden Auflagen der Aufsichtsbehörde. Nach einer Klärung der Problematik werde die Verwaltung konzeptionelle Vorschläge entwickeln.

Stadtrat **Daferner** entgegnet, dass seine Fraktion angesichts dieser Richtigstellung von EBM Seigfried der Streichung des Projekts „Flexibilisierung der Betreuungszeit in Kitas“ doch zustimmen könne.

OBM **Spec** stellt klar, dass von der vorgeschlagenen Reduzierung Vereinsförderung kein Posten betroffen sei, der zu einer Streichung eines regulären Vereinszuschusses führe. Die Verwaltung habe vorsorglich Budgets für Anträge zur Förderung bestimmter Beschaffungsmaßnahmen eingeplant. Da bisher weniger Anträge als erwartet vorliegen, sei eine Reduzierung möglich.

Stadtrat **Daferner** könne aufgrund dieser Klarstellung der Reduzierung des Ansatzes Vereinsförderung zustimmen.

BM **Iik** führt aus, dass die Reduzierung der Grünflächen- und Straßenunterhaltung durch eine intensivere Abstimmung mit den Stadtwerken kompensiert werden solle. Die Einsparung beim Ansatz Streusalz sei bereits aufgrund des milden vergangenen Winters umgesetzt.

Herr **Kistler** (FB Finanzen) teilt mit, dass die vorgeschlagenen höheren Einnahmen aus der

Vergnügungssteuer in Höhe von 50.000 Euro aufgrund von voraussichtlichen Mehreinnahmen aus den Spielautomaten zu erwarten seien.

Abschließend ruft OBM Spec zur getrennten Abstimmung über die Vorl. Nr. 124/14 auf.

TOP 4

Vergnügungssteuer

Vorl.Nr. 033/14

**Neue Steuertatbestände auf dem Gebiet der sexuellen Vergnügungen u. ä. und der Besteuerung von Wettbüros
Inkrafttreten der Änderungen auf 01.07.2014
Neufassung der Satzung über die Erhebung der Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung)**

Beschluss:

Die Satzung über die Erhebung der Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung) wird in der vorgelegten Neufassung beschlossen. Die Erwägungen der Verwaltung werden zustimmend zur Kenntnis genommen. .

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 28 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Voigt (entschuldigt; beruflich verhindert)
Stadtrat Seybold
Stadträtin Lange

Ja 28 Nein 9 Enthaltung 1

Beratungsverlauf:

Die Mitglieder des Gemeinderates verzichten einmütig auf Sachvortrag und Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt.

Sodann ruft OBM Spec unter Verweis auf den Empfehlungsbeschluss zur Abstimmung über die Vorl. Nr. 033/14 auf.

TOP 5

Masterplan Energie

Beratungsverlauf:

Herr Geiger (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) berichtet anhand einer Präsentation über den Protokollauszug Gemeinderat 29.04.2014

Masterplan Energie und schildert dabei insbesondere die folgenden Handlungsfelder sowie deren Ziele:

- Maßnahmenbereich 1: Entwicklungsplanung, Raumordnung
- Maßnahmenbereich 2: Kommunale Gebäude und Anlagen
- Maßnahmenbereich 3: Ver- und Entsorgung
- Maßnahmenbereich 4: Mobilität
- Maßnahmenbereich 5: Innere Organisation
- Maßnahmenbereich 6: Kommunikation

Außerdem geht er auf den European Energy Award und die verschiedenen Förderprogramme ein.

OBM **Spec** ergänzt, dass sich die Stadt Ludwigsburg bei den Zuschussgebern einen guten Ruf verschafft habe, weil die Maßnahmen mit Zustimmung des Gemeinderates umgesetzt werden konnten.

Stadträtin **Kreiser** spricht dem Referat Nachhaltige Stadtentwicklung und Herrn Geiger ihren Dank aus. Für die Zukunft sei die Öffentlichkeitsarbeit weiterhin wichtig um das Thema Energie ins Bewusstsein zu rücken. Die Re-Zertifizierung mit dem European Energy Award sei wichtig, auch um weitere Fördermittel akquirieren zu können, sodass ihre Fraktion der Vorl. Nr. 143/14 zustimmen werde. Um die Energiewende zu stemmen, sei es wichtig, die Eigentümer zu mobilisieren. Auch der Vorl. Nr. 144/14 könne die CDU-Fraktion zustimmen, da man mit der Ludwigsburger Energieagentur auf dem richtigen Weg sei. Allerdings könne die Anzahl der teilnehmenden Kommunen noch ausgebaut werden.

Stadtrat **Dr. Bohn** bestätigt, dass im energetischen Bereich bereits viel erreicht worden sei und weitergemacht werden müsse. Allerdings müssten manche Aspekte noch geklärt bzw. hinterfragt werden. So sei zum Beispiel die CO₂-Bilanz teilweise nach energetischen Sanierungen negativ. Auch die WBL berichte von sehr unterschiedlichen Erfahrungen bezüglich der Energieeinsparung nach einer Sanierung. Die vorgegebenen Standards bei Neubauvorhaben seien nicht überall erforderlich. Grundsätzlich stelle sich die Frage, wer die Energiewende finanziell tragen müsse. Er betont, dass die Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim auf dem richtigen Weg seien. Die LEA sei von großer Bedeutung, auch wenn sich leider noch zu wenig Kommunen im Umland beteiligen würden.

Stadträtin **Schneller** bemängelt, dass mit einem Anschlusszwang an ein Nahwärmenetz wie im Baugebiet Neckarterrasse innovative Ideen verhindert würden. In diesem Zusammenhang weist sie auf den offenen Brief einer Familie aus diesem Gebiet hin. Sie berichtet, dass sich im Bereich der baulichen Maßnahmen lediglich 22 % innerhalb des wirtschaftlichen Rahmens befinden würden. Bei den vorgeschlagenen anlagen-technischen Maßnahmen liegen 50 % im Bereich einer Amortisation von 20 Jahren und einem jährlichen Einsparpotenzial von 75.000 Euro. Dieser Betrag entspreche den jährlichen Kosten für den Klimaschutzmanager. Die Freien Wähler würden zum Gesamtenergiekonzept stehen, bitten aber darum, den Masterplan Energie den veränderten Bedingungen anzupassen. Der Vorl. Nr. 143/14 könnte sie nicht uneingeschränkt zustimmen, da sie einzelne Maßnahmen des Arbeitsprogrammes, z.B. Baumaßnahme Gartenstraße 14 oder die Installation von Nahwärmenetzen, kritisch sehe. Aufgrund der aktuellen Diskussionen zur zukünftigen Ausrichtung der LEA bittet sie den Beschluss der Vorl. Nr. 144/14 auf das Jahr 2014 zu beschränken.

Stadtrat **Gericke** bedankt sich bei dem Team des Referats Nachhaltige Stadtentwicklung und weist darauf hin, dass die Energiewende natürlich mit vielen anderen Themen und Abteilungen der Verwaltung zusammenhänge. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass die Anregung seiner Fraktion, den Masterplan Grün in der Stadt in das Gesamtenergiekonzept einzubeziehen, aufgenommen worden sei. In der Zukunft müssten die Ziele noch ambitionierter weiterverfolgt werden. Er befürwortet, dass sich auch die Stadtwerke für die Energiewende einsetzen würden. Bei der LEA sei eine Stärkung der personellen Ausstattung, z.B. durch eine höhere Beteiligung anderer Kommunen, wünschenswert. Um die Energiewende zu erreichen müssten finanzielle Mittel in entsprechender Höhe zur Verfügung gestellt werden. Für den nächsten Bericht bittet er

die Verwaltung darum, eine Bilanz aufzustellen, die aufzeige, was erreicht werden konnte und was noch erforderlich sei.

Stadtrat **Müller** führt im Namen seiner Fraktion aus, dass diese den Vorl. Nr. 143/14 und 144/14 zustimmen könne. Bezug nehmend auf den Bericht zum Masterplan Energie bittet er darum, die Wirtschaftlichkeit bei der Umsetzung von Maßnahmen in den Fokus zu rücken. Seiner Meinung nach müssten das Thema Energie und die Aktivitäten der Stadt Ludwigsburg auch als Standortfaktor betrachtet werden. Deswegen sei eine weitere Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit wünschenswert. Aufgrund des Hinweises in der Vorl. Nr. 144/14 hinsichtlich Diskussionen zu einer Weiterentwicklung der LEA erwarte er dazu zeitnah einen Bericht. Abschließend bedauert er, dass sich nicht mehr Kommunen bei der LEA beteiligen würden.

Stadträtin **Burkhardt** betont die Wichtigkeit des Themas Energiewende, die mit vielen sehr sinnvollen Maßnahmen, aber auch mit viel Aktionismus verbunden sei. Den Antrag zum Thema Kellerblockheizkraftwerke, in dem sie gemeinsam mit Herrn Hillenbrand um einen Bericht zu den Anwendungsmöglichkeiten dieser Art der Energieerzeugung gebeten habe, Vorl. Nr. 630/09, könne durch den heutigen Bericht nicht erledigt sein. Bei einer modernen Energieversorgung sei ihr die Umweltfreundlichkeit genau wichtig wie eine möglichst preisgünstige Lösung für den Endverbraucher. Da die Vorl. Nr. 143/14 sehr viele Fragen aufwerfe, werde sie dazu eine Anfrage stellen.

OBM **Spec** stellt heraus, dass der Masterplan Energie und die Erreichung der Energiewende ein sehr komplexes Thema sei. Der Gemeinderat müsse in jedem Einzelfall Lösungen diskutieren und anschließend beschließen. Je nach Gebiet müsse immer eine Abwägung erfolgen, welche Art der Energieerzeugung am besten passe. Bezug nehmend auf die Anregung von Stadträtin **Schneller** schlägt er vor, den Beschlussvorschlag der Vorl. Nr. 143/14 wie folgt zu ergänzen:

Das für die Re-Zertifizierung mit dem European Energy Award erforderliche Energiepolitische Arbeitsprogramm für die Jahre 2014 bis 2017 wird *unter Verweis auf den Haushaltsplan 2014 bzw. die jeweiligen Haushaltsplanberatungen* beschlossen.

Die Mitglieder des Gemeinderates erklären einmütig ihre Zustimmung zu dieser Änderung.

Darüber hinaus sagt OBM **Spec** auf Nachfrage von Stadträtin **Burkhardt** zu, dass eine intensivere Beratung des Themas in einer Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt erfolgen werde. Außerdem werde auch über den offenen Brief einer Familie im Neubaugebiet Neckarterrasse und dessen Beantwortung im Ausschuss informiert.

Stadträtin **Schneller** bittet darum, den Beschlussvorschlag der Vorl. Nr. 144/14 so abzuändern, dass der Stellenanteil von 10 % nur bis Ende 2014 beschlossen werde.

Herr **Geiger** plädiert dafür, den Stellenanteil mindestens bis Mitte 2015 zu bewilligen, da eine Planungssicherheit erforderlich sei.

Stadtrat **Dr. Bohn** vertritt den Standpunkt, dass der Stellenanteil für mindestens 2 Jahre beschlossen werden solle.

Für Stadtrat **Gericke** spricht nichts gegen einen unbefristeten Stellenanteil von 10 %, da eine Stärkung der LEA erforderlich und gewünscht sei.

Als Kompromiss schlägt OBM **Spec** vor, den Stellenanteil von 10 % bis Ende 2015 zu genehmigen.

Die Mitglieder des Gemeinderates sind mit diesem Kompromissvorschlag einverstanden.

Abschließend lässt OBM **Spec** über die Vorl. Nr. 143/14 und 144/14 unter Berücksichtigung der

oben genannten Änderungen abstimmen.

TOP 5.1

Bericht zum Masterplan Energie

Vorl.Nr. 013/14

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 5.

TOP 5.1.1

**Prävention vor Verschuldung durch hohe
Energiekosten - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen vom 12.08.2009**

Vorl.Nr. 362/09

Beratungsverlauf:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.08.2009, Vorl. Nr. 362/09, ist mit der Beratung zu Tagesordnungspunkt 5 erledigt.

TOP 5.1.2

**Bericht zu Anwendungsmöglichkeiten des Keller-
Blockheizkraftwerks - Antrag der
Fraktionsgemeinschaft LUBU/Die Linke vom
25.11.2009**

Vorl.Nr. 630/09

Beratungsverlauf:

Stadträtin Burkhardt betont, dass der Antrag vom 25.11.2009, Vorl. Nr. 630/09, den sie gemeinsam mit Stadtrat Hillenbrand gestellt habe, nicht durch die Vorl. Nr. 013/14 und den heutigen Bericht erledigt sei.

TOP 5.1.3

**Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren
Energien (EE)
- Antrag der SPD-Fraktion vom 21.11.2012**

Vorl.Nr. 521/12

Beratungsverlauf:

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 21.11.2012, Vorl. Nr. 521/12, ist mit der Beratung zum Tagesordnungspunkt 5 erledigt.

Abweichender Beschluss:

Das für die Re-Zertifizierung mit dem European Energy Award erforderliche Energiepolitische Arbeitsprogramm für die Jahre 2014 bis 2017 wird *unter Verweis auf den Haushaltsplan 2014 bzw. die jeweiligen Haushaltsplanberatungen* beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Voigt (entschuldigt, beruflich verhindert)
Stadtrat Seybold
Stadträtin Lange

Ja 34 Nein 0 Enthaltung 4

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 5.

Abweichender Beschluss:

Der Bericht zur Ludwigsburger Energieagentur (LEA) wird zur Kenntnis genommen. Die LEA wird *bis zum 31.12.2015* von der Stadt mit einem Stellenanteil von 10% für Steuerungs- und Koordinationsaufgaben unterstützt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Voigt (entschuldigt, beruflich verhindert)
Stadtrat Seybold
Stadträtin Lange

Ja 37 Nein 0 Enthaltung 1

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 5.

TOP 6

Bebauungsplanänderung "Blockinnenbereiche Bauhofstraße" Nr. 010/07 - Aufstellungsbeschluss

Vorl.Nr. 027/14

Abweichender Beschluss:

- I. Die Aufstellung der Bebauungsplanänderung „Blockinnenbereiche Bauhofstraße“ Nr. 010/07 wird beschlossen. Maßgebend für den Geltungsbereich ist der Plan des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung vom 21.03.2014 (Anlage 1 zur Vorl. Nr. 027/14).
- II. Ziel der Planung ist, die vorhandene Struktur und die Freiflächen in den Blockinnenbereichen zu sichern und *städtebaulich verträglich weiterzuentwickeln*.
- III. Das Verfahren soll im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB durchgeführt werden. Von der Umweltprüfung, dem Umweltbericht, der Angabe welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie der zusammenfassenden Erklärung wird abgesehen.
- IV. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durchzuführen.



Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Voigt (entschuldigt, beruflich verhindert)
Stadtrat Seybold
Stadträtin Lange

Ja 38 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

OBM Spec erinnert an den Empfehlungsbeschluss des Ausschusses für Bauen, Technik und

Umwelt, der die Ziff. II mit folgender Abweichung beschlossen habe:

- II. Ziel der Planung ist, die vorhandene Struktur und die Freiflächen in den Blockinnenbereichen zu sichern und *städtebaulich verträglich weiterzuentwickeln*.

Das Gremium spricht sich einmütig dafür aus, diese Abweichung beizubehalten.

Nachdem auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet wird, lässt OBM Spec über die Vorl. Nr. 027/14 mit der oben genannten Abweichung abstimmen.

TOP 7

**Neubesetzung des Integrationsbeirats ab der
Wahlperiode 2014 ff: Änderung bei den
sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern**

Vorl.Nr. 089/14

Beschluss:

Die Anzahl der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner, die im künftigen Integrationsbeirat vertreten sind, wird um zwei Personen auf sieben Personen erhöht und damit um die Bereiche „Wirtschaft und Arbeit“ und „Neuzuwanderung“ erweitert.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Voigt (entschuldigt; beruflich verhindert)
Stadtrat Seybold
Stadträtin Lange

Ja 38 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Nachdem das Gremium auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet, lässt OBM Spec unter Verweis auf den Empfehlungsbeschluss über die Vorl. Nr. 089/14 abstimmen.